



Interessenkonflikt vor dem Elisenbrunnen: Die „Seebrücke Aachen“ demonstrierte gegen die Lebensumstände von Geflüchteten, traf aber am Ende die Entscheidung, wegen des „Widerstands 2020“ zu gehen. Sie bemängelte die fehlende Beachtung der Abstandsvorschriften. Foto: Michael Klarmann

AACHEN. Die Polizei hat am Samstag, nachdem sie eine Stunde lang eine nicht genehmigte Demonstration am Elisenbrunnen geduldet hatte, dieselbe aufgelöst. In Spitzenzeiten hatten sich dort bis zu 250 Menschen versammelt, um gegen die Corona-Einschränkungen zu protestieren.



VON MICHAEL KLARMANN

Teile der Protestierenden hatten zuvor eine genehmigte Kundgebung der „Seebrücke Aachen“ gestört, so dass diese aus Gründen der Deeskalation abgebrochen wurde.

Die Menschen, die nach eigenen Angaben das Grundgesetz und „unsere Grundrechte“ verteidigen und gegen die „Corona-Diktatur“ protestierten, waren vier Aufrufen gefolgt. Aufgerufen zu den Protesten hatte Ansgar Klein aus Würselen, lokale Vertreter der dubiosen Protestpartei „Widerstand 2020“, darüber hinaus „Corona-Rebellen“ sowie Esoteriker, die „für das Grundgesetz“, für Liebe, Frieden und Freiheit meditierten.

Genehmigung verwehrt

Klein, der zuvor ähnliche Versammlungen organisierte, hatte auch nun mehrere Kundgebungen angemeldet. Die Stadt verwehrt ihm jedoch eine Ausnahmegenehmigung. Zum Teil war es zuvor schon zu Verstößen gegen Auflagen und Hygiene-Vorschriften gekommen.

Anzeige

NESPRESSO

80€ DIREKT-RABATT*

ENTDECKEN SIE VERTUO

JETZT SICHERN

Dennoch erschienen um 15 Uhr immer mehr Menschen. Vor dem
Elisenbrunnen standen zu dem Zeitpunkt noch rund 15 Personen aus
der linken Szene, die Abstand wahrten, Auflagen einhielten und für
einen menschenwürdigen Umgang mit Asylsuchenden demonstrierten.

*Aktionsbedingungen gelten

LESEN SIE AUCH



Angriff auf WDR-Journalisten

Demos in NRW gegen Corona-Maßnahmen

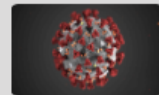
In einer Stellungnahme teilte die „Seebrücke Aachen“ später mit, man habe diese Kundgebung vorzeitig abgebrochen. Die genehmigte Kundgebung der Seebrücke“ setzte sich für die Evakuierung der überfüllten Flüchtlingslager und einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ein. Die anderen Demonstrierenden hätten sich ohne Mundschutz „um uns herum aufgestellt“ und seien körperlich sehr nah gekommen, so eine Sprecherin. Bitten und Aufforderungen, Abstand zu halten oder einen Mundschutz zu tragen, hätten nicht gefruchtet. Man habe sie „ausgelacht und angeschrien“.

Um Konflikte zwischen den anderen Protestierenden und der Polizei zu verhindern, habe man sich zurückgezogen. „Wir sind erschrocken über die Vorkommnisse und finden es traurig und alarmierend, dass unsere Kundgebung auf diese Weise gestört und faktisch unmöglich gemacht wurde“, endet die Stellungnahme.

CORONAVIRUS – DER AKTUELLE STAND

Bestellen Sie unseren Newsletter

Erfahren Sie täglich um 19 Uhr die neusten Entwicklungen zum Coronavirus in der Region.



service@mediagnose.de

KOSTENLOS ANMELDEN

Sie können den Newsletter jederzeit abbestellen. [Datenschutzhinweise](#)

Vorangegangene Vermittlungsgespräche der Polizei mit Ansgar Klein hatten keinen Erfolg gebracht. Klein wies darauf hin, dass er den Leuten nicht sagen könne, was sie tun sollten. Gleichwohl setzte er sich kurz darauf an die Spitze eines „Spazierganges“, der den Elisengarten mit bis zu 100 Menschen mehrmals umrundete. Aus Gründen der Deeskalation duldete die Polizei das, auch wenn die Menschen oft zu nahe beieinander waren. Andreas Müller, Pressesprecher der Polizei, sagte auf Anfrage, dass gegen „den Initiator“ ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Da um 16 Uhr Teile der Menschen immer noch zusammenblieben, löste die Polizei den Rest der Versammlung auf.

Der Protest gegen die „Corona-Diktatur“ bestand aus unterschiedlichen Menschen. Migrant*innen bekannten sich zum rechtsextremen, verschwörungsideologischen Netzwerk „QAnon“. Vertreter der linken und des rechten Spektrums waren anwesend, zudem unzufriedene „Wutbürger“ und Esoteriker.

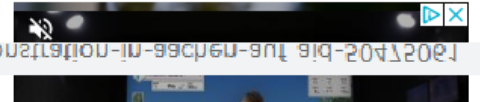
Gegen die Impfpflicht

Eine junge Muslima mit Kopftuch demonstrierte gegen die „Impfpflicht“, zugleich waren einige AfD-Anhänger und Rechtsradikale vor Ort. Familien mit Kindern forderten die Öffnung von Kitas und Schulen. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko beobachtete am Rande, was geschah.

Bei dem Polizeieinsatz wurde laut Polizeisprecher Müller möglicherweise eine freie Journalistin bei der Berichterstattung behindert. Die Frau war mit einem Polizisten in Streit geraten, offenbar weil dieser nicht fotografiert werden wollte. Bei dem Vorfall waren sofort Demonstranten herbeigeeilt, hatten die Szene gefilmt, und manche schimpften über die Beamten. Laut Polizeisprecher Müller sei eine entsprechende Beschwerde der Frau bei seiner Behörde eingegangen. Der Vorfall werde geprüft.

MEHR ZU POLIZEI LÖST NICHT GENEHMIGTE DEMONSTRATION IN AACHEN AUF

Anzeige



18021402-bie-tue-nachaa-ni-noitstionab-9tdimnab-tndn-taol-izilq/nrhae\skla\9b,nrhdn-19nrdhae